

in Frankreich und den Niederlanden sowie in Irland zur EU-Verfassung

Dieses Ergebnis ist ein herber Misserfolg für die Partei.

Europa-Wahl 2009

DKP kämpft weiter für ein Europa, in dem der Weg für den Sozialismus geöffnet wird

Mit 265 Sitzen und damit einem Vorsprung von gut hundert Parlamentssitzen konnten die Christdemokraten (EPP) die Europawahl für sich entscheiden. Zwar erzielten auch sie schlechtere Resultate als 2004, aber sie konnten sich besser halten als die Sozialdemokraten, die regelrecht abstürzten. Besorgniserregend sind die teils starken Stimmenzuwächse für offen reaktionäre, rassistische und neonazistische Parteien.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) kam auf 184 Sitze. Drittstärkste Kraft wurden die Liberalen mit 84 Sitzen. Danach folgen die Grünen mit 55 Mandaten. Die europäische Linke (GUE/NGL) bekam 35 Sitze.

In den meisten Ländern zeigen die Wahlergebnisse für die linken Parteien, daß sie noch keine glaubwürdige Alternative darstellen, um den beginnenden sozialen Widerstand und die Proteste gegen die Krise in ein alternatives politisches Projekt zu transformieren.

Mit einer Wahlbeteiligung von etwas über 43 Prozent wurde bei dieser Wahl ein Negativrekord aufgestellt. Die niedrige Wahlbeteiligung ist aber nicht nur auf "Desinteresse" zurückzuführen, sondern auf den tiefgehenden Frust, den viele Wähler gegenüber der EU-Politik empfinden. Die Kluft zwischen der Politik der EU und dem Wollen und den Hoffnungen der Menschen ist zu groß, um sie noch für dieses Projekt begeistern zu können. Nach dem Nein

bzw. zum Reformvertrag von Lissabon ist die niedrige Wahlbeteiligung eine Quittung mit dem Stimmzettel. Mit diesem Wahlergebnis werden auch im nächsten Europäischen Parlament die neoliberalen Richtlinien der EU-Kommission ihre Mehrheiten finden. Umso wichtiger ist es, den Druck in den Betrieben, in den Wohngebieten und auf der Straße für ein anderes Europa zu entwickeln.

In der BRD lag die Beteiligung an den EU-Wahlen bei 43,3 Prozent. CDU und CSU, die sich als "Europaparteien" vorstellten mußten starke Verluste einstecken. Ausgerechnet die neoliberale FDP konnte davon profitieren. Die Sozialdemokraten, die 2004 mit 21 Prozent eines ihrer schlechtesten Europawahlergebnisse erreichte, konnte trotz großmäuliger Prognosen ihres Führungsgespans Steinmeier-Müntefering noch nicht einmal dieses Ergebnis verteidigen. Mit 20,8 Prozent erreichten sie das niedrigste bundesweite Ergebnis aller Zeiten. Dies ist die Quittung für ihre Politik der Agenda 2010, die sie in der Großen Koalition fortgesetzt hat. Die Grünen kamen auf 12,1 Prozent und die FDP erzielte 11 Prozent. "Die Linke", die 2004 ein Ergebnis von 6,1 Prozent erreicht hatte, konnte prozentual 1,4 Prozent und um ein Mandat auf nun 8 zulegen.

Die DKP hat am EU-Wahlkampf mit einer Liste und einem Wahlprogramm beteiligt. Sie hat 25.587 Stimmen (0,1 Prozent) erhalten; ein Rückgang um 11.573 Wähler bzw. 31 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2004.

Die DKP hat ihre Möglichkeiten für die Darstellung ihrer Positionen in TV- und Rundfunkwerbespots, mit ihrem Wahlprogramm, mit Informationsveranstaltungen, Infoständen, Flugblättern und ihren Kandidatinnen und Kandidaten genutzt. Der Wahlkampf hat viele DKP-Mitglieder zur Teilnahme an den wichtigeren außerparlamentarischen Aktionen motiviert: Wir zahlen nicht für eure Krise am 28. März in Frankfurt/Main und Berlin, am 4. April gegen die NATO in Kehl und Straßburg, an Ostern, am 1. Mai, am 16. Mai bei der europaweiten Demonstration der Gewerkschaften in Berlin.

Die DKP wird weiter für ein Europa kämpfen, in dem der Weg zum Sozialismus geöffnet wird. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit gesellschaftlichen und politischen Kräften, die für ein friedliches und demokratisches Europa kämpfen, erreichen. Aus diesem Grund werden wir unsere Mitarbeit in den Bewegungen verstärken sowie die Zusammenarbeit mit linken und kommunistischen Parteien in Europa und unsere Mitarbeit in der Partei „European Left“ intensivieren.

Alle Kräfte müssen vereint werden, um jetzt erst recht ein solidarisches Europa des Friedens, der Verwirklichung sozialer und demokratischer Grundrechte, ein solidarisches Europa mit offenen Grenzen durchzusetzen.